



Mobilitätsausschuss

Niederschrift über die 29. Sitzung des Mobilitätsausschusses am 28. März 2023

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 18:34 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Marco Jahns

Ausschussmitglieder

Herr Steffen Bartsch-Brüdgam

Herr Mario Bauch

Herr Alexander Benkert

Heiko Körner

Frau Andrea Kühl

Herr Rolf Martens

Herr André Meißner

Herr Thomas Schulz

Frau Friederike von Buddenbrock

Frau Anita Zimmermann

Stellvertreter/-in

Herr Lutz Gelzenleuchter

Vertretung für Herrn
Prof. Dr. Wetenkamp

Von der Verwaltung

Herr Thomas Baase

Herr Oliver Hack

Herr Ralph Langkammer

Frau Gerlind Ockert

Frau Anja Pfefferkorn

Herr Dietmar Schubotz

Herr Ulrich Sehl

Herr Frank Stallbaum

Herr Robin Thomas

SB Verkehrsplanung/ÖPNV
SB Radwege/Verkehrsplanung
FDL 02
FGL 13.30
SB Kreistagsangelegenheiten
FGL 12.40
Geschäftsführer VVR
FDL 43
FGL 31.50

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Mathias Löttge

Herr Michael Meister

Frau Julia Präkel

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 31. Januar 2023
5. Beratung über die Anregungen eines Einwohners des Landkreises Vorpommern-Rügen an den Mobilitätsausschuss
6. Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE/FR, CDU: "Ausbauziel von 120 Kilometern für die Radwegeinfrastruktur an Kreisstraßen" A/3/0200/1
7. Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Absatz 1 Baugesetzbuch zwischen der Stadt Ribnitz-Damgarten, REWE Märkte 18 GmbH und dem Landkreis Vorpommern-Rügen BV/3/0460
8. Anfragen
9. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

10. Bestätigung der Niederschrift nichtöffentlicher Sitzungsteil vom 31. Januar 2023
11. Anfragen
12. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Jahns eröffnet die 29. Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Mobilitätsausschuss mit 10 von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Garbsch teilt mit, dass es gestern in Schwerin eine Großveranstaltung mit Herrn Minister Meyer zu den Themen Deutschlandticket, Azubi-Ticket und Senioren-Ticket gegeben habe und erfragt, ob der Landkreis dazu schon neue Erkenntnisse habe und bittet um Ausführung.

Herr Langkammer teilt mit, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Weiterhin teilt **Herr Garbsch** mit, dass er per Mail den Ausschussvorsitzenden gebeten habe sich auf der nächsten Sitzung mit dem Thema Fahrplankonferenz 2024 zu beschäftigen. Für die heutige Sitzung kam sein Anliegen zu spät, da die

Tagesordnung bereits abgestimmt gewesen sei. In Hinblick darauf sollten die Umsteigemöglichkeiten zwischen Bus und Bahn an den Knotenpunkten in unserem Landkreis verbessert werden. Er bittet um Erklärung, inwieweit der Landkreis als Aufgabenträger und Gesellschafter auf die Fahrplananpassungen an den Regionalbahnhöfen im Landkreis reagieren werde.

Herr Jahns informiert, dass er das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen werde.

Herr Bauch betritt die Sitzung um 17:05 Uhr (11/15)

Herr Grabe erfragt den aktuellen Stand zum Beitritt des Landkreises Vorpommern-Rügen in die Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommune M-V (AGFK M-V).

Herr Langkammer merkt an, dass die Frage ebenfalls schriftlich beantwortet werde.

Frau Kasten teilt mit, dass die eingereichte Elterninitiative an den Mobilitätsausschuss des Landkreises Vorpommern-Rügen weitere Unterstützer gewonnen habe. Auch der Hauptausschuss des Amtes Franzburg-Richtenberg hat seine Unterstützung beschlossen. Sie hoffe auf eine positive Antwort der VVR in der heutigen Sitzung.

Herr Jahns informiert, dass Herr Sehl zu dem Thema unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen berichten werde.

Weitere Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen oder Ergänzungen werden nicht vorgetragen.

Der Mobilitätsausschuss bestätigt einstimmig die Tagesordnung.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 31. Januar 2023

Anmerkungen oder Ergänzungen zu der Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Der Mobilitätsausschuss bestätigt einstimmig bei drei Enthaltungen die Niederschrift vom 31. Januar 2023.

5. Beratung über die Anregungen eines Einwohners des Landkreises Vorpommern-Rügen an den Mobilitätsausschuss

Herr Thomas informiert, dass Herr Schmelz im August letzten Jahres die Straßenverkehrsbehörde gebeten habe, die Radwegebenutzungspflicht in Fuhendorf/Bodstedt zu überprüfen. Er sicherte ihm eine Prüfung bis zum Ende des 4. Quartals 2022 zu. Aufgrund von Personalausfall sei die Prüfung in der Priorisierung nach hinten verschoben worden, um die laufenden Arbeiten sicherzustellen. Die Verkehrsbehörde sei derzeit dabei zu prüfen, ob überhaupt eine Radwegebenutzungspflicht bestehe. Die Prüfung werde jedoch noch bis zur Hochsaison dieses Jahres andauern, um die Verkehrsdichte realistisch zu messen.

Zu den Punkten 1 und 2 teilt **Herr Thomas** mit, dass diese nicht genehmigungsfähig seien. Mit der Reduzierung der Geschwindigkeit auf 80 km/h bzw. 70 km/h wurde schon eine Wertung und Prüfung vorgenommen, bei der man ein Einschreiten in Form der Beschränkung der Geschwindigkeit erkannt habe. Damit sei die Verkehrsbehörde der Auffassung, dass der Sicherheit und Ordnung Rechnung getragen wurde. Die Verkehrsbehörde habe geprüft, dass keine Unfalllage, die ein Handeln nötig mache, bestehe. Auch der Straßenbaulastträger müsse bei solchen Fällen befragt werden.

Herr Jahns erfragt, ob schon eine Abstimmung mit dem Straßenbauamt erfolgt sei.

Herr Thomas bejaht die Frage von Herrn Jahns und merkt an, dass der Straßenbaulastträger durch die Reduzierung der Geschwindigkeiten ebenfalls keine Gefahrenlage sehe. Bei einer Reduzierung auf 50 km/h bedarf es außerdem der Zustimmung des Landes.

Herr Martens betritt die Sitzung um 17:15 Uhr (12/15)

Herr Thomas bietet außerdem ein persönliches Gespräch mit Herrn Schmelz an, da er bei der heutigen Sitzung nicht anwesend sei.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

6. Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE/FR, CDU: "Ausbauziel von 120 Kilometern für die Radwegeinfrastruktur an Kreisstraßen"
Vorlage: A/3/0200/1

Herr Jahns berichtet, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung folgende Beschlussempfehlung an den Kreistag zu dem Antrag abgegeben habe:

“Der Kreistag **beschließt beauftragt die Verwaltung** ein Ausbauziel von 120 Kilometern für die Radwegeinfrastruktur an Kreisstraßen innerhalb eines 6-Jahres-Zeitraums **zu prüfen**. Dies entspricht einer Verzehnfachung des bisherigen Zieles. Der Landrat wird beauftragt:

- die Bedingungen zur Umsetzung dieses Ziels zu prüfen und zu definieren,
- verwaltungsseitig den Haushaltsjahren ab 2024 die erforderlichen Eigenmittel in Ansatz zu bringen,
- die Beantragung der erforderlichen Fördermittel vorzubereiten und
- einen Vorschlag zu Fortführung der Prioritätenliste zu unterbreiten

Die Ergebnisse der Prüfungen sollen bis zum Ende des 2. Quartals 2023 dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung sowie dem Mobilitätsausschuss vorgelegt werden.”

und begründet dies. Er schlägt vor, dass der Mobilitätsausschuss auch diese Empfehlung an den Kreistag abgebe, um zu verdeutlichen, dass es sich zunächst um einen reinen Prüfauftrag handele.

Herr Stallbaum präsentiert die Ergebnisse der Verwaltung zu dem Antrag “120km Radweg in 6 Jahren” anhand einer Präsentation.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Bauch erfragt, welche Erhöhung des Ausbauziels noch realistisch sei. Der Antrag stelle ja eine Verzehnfachung mit erheblichen Kosten dar.

Herr Stallbaum merkt an, dass alles realistisch sei, die Frage der Finanzierung jedoch geklärt werden müsse. Natürlich sei der Ausbau der Radwege ein sehr wichtiges Thema um den Radverkehr zu steigern, man müsse jedoch auch betrachten, welche Projekte aufgrund der Umsetzung dieses Wunsches dann vielleicht nicht stattfinden können. Oder aber wie weit man bei den Gemeinden gehen möchte, wenn die Finanzierung über die Kreisumlage gesichert werde.

Herr Martens bedankt sich bei Herrn Stallbaum für die Vorstellung der Ergebnisse. Er nehme die Erkenntnisse mit in seine Fraktion um zu beraten. Es sei außerdem wünschenswert, wenn Herr Stallbaum auch an einer Fraktionssitzung teilnehmen könnte.

Herr Benkert teilt mit, dass es die richtige Entscheidung sei, diesen Antrag auch als Prüfantrag zu benennen und unterstreicht somit den Vorschlag von Herrn Jahns. Letztendlich entscheide der Kreistag darüber und er bedankt sich bei Herrn Stallbaum, dass die notwendigen Ergebnisse dafür vorgestellt wurden.

Herr Jahns erfragt, ob die in der Präsentation vorgestellten Förderprogramme mit einer Fördersumme i.H.v. 1 Mio. Euro die einzigen Mittel von Land und Bund seien, die der Landkreis für den Ausbau von Radwegen bekommen könne.

Herr Hack teilt mit, dass dies die momentan bekannten Fördermittel seien. Viele Programme laufen 2023 aus, sodass man noch abwarten müsse. Weiter bekannte Förderprogramme seien nicht für den Ausbau von Radwegen an Kreisstraßen möglich.

Herr Garbsch merkt an, dass er verstehe, dass alles was einen Mehraufwand darstelle auch dementsprechend koste und finanziert werden müsse. Man könne jedoch darüber nachdenken, ob es nicht innerhalb des Haushaltes noch zu Verschiebungen von Finanzmitteln kommen könne, wie z.B. Geld vom Straßenbau in den Radwegebau.

Herr Jahns informiert, dass immer Wege gesucht werden, um mehr machen zu können.

Herr Bartsch-Brüdgam führt aus, dass wir an einen Punkt angekommen seien, wo wir ganz viel wollen in allen Gebieten aber das Geld einfach fehle. In den Haushalten werde hin und her gerechnet und Mittel verschoben, um das möglichste rauszubekommen. Der kommunale Sektor sei einfach Unterausgestattet.

Herr Jahns erfragt, ob die Vorlage des Landesausbauprogramms schon fertig sei. Es wäre gut zu wissen, wie viel Kilometer Radweg aus der Bundes- und Landesebene zu den 2 km dazukommen.

Herr Stallbaum informiert, dass das Land die Ausbaupläne für die nächsten Jahre festgesetzt habe. Auf der letzten Sitzung des Mobilitätsausschusses habe er die Prioritätenliste des Bundes vorgestellt. An einer solchen Prioritätenliste arbeite das Land auch. Er schlägt vor, dass er den Ausschussmitgliedern einen aktuellen Stand der Radwegebaumaßnahmen des Straßenbauamtes Stralsund für unseren Landkreis zur Verfügung stellen könne.

Die Übersicht ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Jahns bedankt sich für den Vorschlag.

Herr Hack merkt an, dass wenn die vom Straßenbauamt gemeldeten Zahlen stimmen, jeweils ca. 10 km Radweg pro Ebene geplant seien.

Herr Stallbaum merkt nochmal zu dem Redebeitrag von Herrn Garbsch an, dass der Landkreis die eingestellten 5 Mio. Euro für den Straßenbau nicht in einen Neubau investiere, sondern für den Erhalt der Straßen.

Herr Meißner erfragt, ob die angesetzten durchschnittlichen Baukosten i.H.v. 750.000 € schon den Flächenerwerb beinhalten.

Herr Stallbaum bejaht die Frage von Herrn Meißner und teilt mit, dass die Kosten für den Flächenerwerb keine große Summe ausmache, da man von Bodenrichtwerten um die 3 € bis 5 € spreche. Teuer sei das Verwaltungsverfahren zum Flächenerwerb, da es meist in einem Planfeststellungsverfahren ende.

Herr Körner erfragt, woraus die vorgeschlagenen 120 km Radweg des Antrages resultieren.

Herr Martens informiert, dass es einen Beschluss mit einem Ausbauziel von 12 km Radweg in 6 Jahren im Kreistag gegeben habe. Dieses Ziel sei den Antragstellern zu wenig gewesen. Daraufhin habe es eine Runde zwischen den Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE/FR und CDU gegeben, wo ein Prüfauftrag mit einer Verzehnfachung des Ausbauziels entstanden sei.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Jahns bittet um Abstimmung über die geänderte Formulierung als Beschlussempfehlung für den Kreistag.

Beschlussempfehlung:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag beschließt **beauftragt die Verwaltung** ein Ausbauziel von 120 Kilometern für die Radwegeinfrastruktur an Kreisstraßen innerhalb eines 6-Jahres-Zeitraums **zu prüfen**. Dies entspricht einer Verzehnfachung des bisherigen Zieles. Der Landrat wird beauftragt:

- die Bedingungen zur Umsetzung dieses Ziels zu prüfen und zu definieren,
- verwaltungsseitig den Haushaltsjahren ab 2024 die erforderlichen Eigenmittel in Ansatz zu bringen,
- die Beantragung der erforderlichen Fördermittel vorzubereiten und
- einen Vorschlag zu Fortführung der Prioritätenliste zu unterbreiten

Die Ergebnisse der Prüfungen sollen bis zum Ende des 2. Quartals 2023 dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung sowie dem Mobilitätsausschuss vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme zugestimmt

7. **Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Absatz 1 Baugesetzbuch zwischen der Stadt Ribnitz-Damgarten, REWE Märkte 18 GmbH und dem Landkreis Vorpommern-Rügen**
Vorlage: BV/3/0460
-

Herr Stallbaum begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

Redebedarf besteht nicht.

Herr Jahns bittet um Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Kreisausschuss beauftragt den Landrat, den als Anlage beigefügten städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Ribnitz-Damgarten, REWE Märkte 18 GmbH und dem Landkreis Vorpommern Rügen zur Verpflichtung des Landkreises zur Kostenübernahme des Radwegeanteils am gemeinsamen Geh- und Radweg an der Rostocker Straße abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme zugestimmt

8. **Anfragen**
-

Anfragen werden nicht gestellt.

9. **Mitteilungen**
-

Herr Sehl informiert über die noch offenen Fragen zum Antrag auf Verkürzung der Fahrzeiten - Schülertransport im ländlichen Bereich zum Gymnasium Grimmen aus der Einwohnerfragestunde der Ausschusssitzung vom 15. November 2022.

Die VVR habe die Petition nochmal unter der Maßgabe geprüft, was die VVR leisten könne. Vorweg teilt Herr Sehl mit, dass in dieser großen Fläche und den damit verbundenen langen Fahrwegen es sehr herausfordernd sei Direktfahrten herbeizuführen. Es sei schwierig eine Beschleunigung der Fahrzeiten über Direktfahrten zu erreichen, wenn selbst ein PKW ca. 43 Minuten Fahrzeit benötige.

Zur Buslinie von Carlsthal über Bad Sülze, Langsdorf und Tribsees zum Gymnasium Grimmen (Anlage 3) teilt Herr Sehl mit, dass die vorgeschlagene Umkehrung der Route planerisch nicht möglich sei. Planerischen Vorrang in dieser Beförderungskette habe die Grundschule in Bad Sülze und nicht das Gymnasium in Grimmen. Eine zusätzliche Fahrt, erfordere zusätzliche Ressourcen, die derzeit nicht zur Verfügung stehen. Die in diesem Zusammenhang benannte Rückfahrt nach der 6. Stunde sei jedoch im Zuge der letzten Überplanung von 77 Minuten auf 51 Minuten reduziert worden.

Zur Buslinie Koitenhagen über Behrenwalde, Oebelitz, Millienhagen und Franzburg zum Gymnasium Grimmen (Anlage 4) führt Herr Sehl aus, dass die Frage der Elterninitiative gewesen sei, weshalb der Bus aus Koitenhagen über Tribsees nach Grimmen fahre. Es wurden als Alternative Direktfahrten vorgeschlagen.

Herr Sehl führt aus, dass zwischen Franzburg und Tribsees weitere Schulkinder wohnen, die das Grimmener Gymnasium besuchen, diese würden dann nicht an die Schülerbeförderung angebunden sein. Eine Direktfahrt wäre wieder nur mit zusätzlichen Kapazitäten möglich. Es kann jedoch nicht die Lösung sein jedem Schulkind eine Direktfahrt zu ermöglichen, auch die VVR unterliege der Maßgabe der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Der zusätzliche Bus, der in Tribsees auf Grund der Maßnahmen aus dem Nahverkehrsplan eingesetzt wird, stehe dafür nicht zur Verfügung, da dieser die Erschließung nach Sanitz vornimmt. Problematisch bei dieser Route sei jedoch, dass das Richtenberger Umland wie auch die Zufahrt über Dolgen und Müggenhall bei einer Direktfahrt nicht angefahren werden können. Wenn mehr Direktfahrten bzw. Fahrzeitreduzierungen angeboten werden sollen bedarf es mehr Kapazitäten. Im bestehenden Rahmen könne die VVR dieses derzeit nicht leisten.

Herr Sehl führt aus, dass die VVR in der Vergangenheit Probleme ernst genommen und gelöst habe. Anpassungen können jedoch noch nicht zum Schuljahreswechsel 2023/2024 erfolgen. Zum Schuljahreswechsel werde erreicht, dass die Linie 866 bei der Rückfahrt die Haltestelle in Franzburg anfare.

Zum Kapazitätsausbau gebe es nunmehr zwei Handlungsstränge.

Zum einen werde ein Rufbussystem und ein Taktbusverkehr vom Land gefordert, die daran jedoch sehr hohe Regularien verhängt haben. Da müsse erstmal abgewartet werden, ob das Land daran festhalte. Im nächsten Jahr werde noch kein flächendeckender Rufbus im Landkreis eingeführt. Er hoffe für dieses Jahr einen Start für den Rufbus im Bereich Süderholz einführen zu können. Die Idee mit dem Taktbus die Spitzen der Schülerbeförderung abzufahren könne durch die Vorgaben des Landes auch nicht umgesetzt werden. Die Vorstellung durch die Landesvorgaben einen Kapazitätsausbau zu realisieren, werde die gewünschten Spielräume demnach nicht eröffnen.

Der andere Punkt sei, dass ein deutlicher Engpass im Bereich des Fahrpersonals bestehe, sowie in mittelbarer Sicht auch ein Busengpass. Wenn man jetzt einen Bus bestelle, könne er frühestens im nächsten Jahr ausgeliefert werden.

Heute habe die VVR eine Abfrage an einige Planungsbüros geschickt, da das komplette Liniennetz in Nordvorpommern neu überplant werden solle. Dabei gilt es ein modernes ÖPNV-Netz für Nordvorpommern zu entwickeln und den ÖPNV zu beschleunigen. Das heißt man müsse an den Umsteigebeziehungen und Knotenpunkte arbeiten, auch in der Schülerbeförderung. Man gehe dann in die Vergabe, um erwartungsgemäß bis Ende des Jahres ein neues umsetzungsreifes Konzept zu haben. Auch die Frage, inwieweit sich die Schulanfangszeiten verändern können, müsse beleuchtet werden. Umgesetzt werden solle dies dann im Jahr 2024.

Herr Jahns bittet um Abstimmung über das Rederecht von Frau Nurkewitz und Frau Kasten.

Der Mobilitätsausschuss stimmt einstimmig zu.

Frau Kasten führt aus, ob man nicht auch die Option mit einem Zubringer nach Franzburg einrichten könne. Damit käme man auf einen Fahrweg von 26,9 km anstatt von den jetzigen 56,6 km pro Fahrt. Die Kinder stehen in Tribsees bei Wind und Wetter ohne Bushaltestelle und warten auf den Anschlussbus. Die Schüler/innen haben durch die langen Busfahrzeiten eine Schulwoche von über 50 Stunden, was

nicht zumutbar sei. Eventuell könne man auch einen Bus aus dem Stadtverkehr ziehen und für die Beförderung im ländlichen Raum einsetzen.

Frau Nurkewitz erfragt, ob auch außerhalb dieses Rahmens ein Termin gemeinsam mit Herrn Sehl möglich sei und bittet noch um die Beantwortung der Frage in der Anlage 5.

Herr Sehl teilt mit, dass er gerne einen Termin ab Mai anbieten könne. Zur Anlage 5 informiert er, dass der Bus nach Angerode erst nach Hohenbarnekow fahren müsse, um dort zu wenden.

Frau Nurkewitz erklärt, dass der Bus nach Hohenbarnekow an der Bushaltestelle in Angerode vorbeifahre und nicht anhalte, obwohl ein Kind aus Angerode in dem Bus sitze. Das Kind müsse dann im Nachbarort Hohenbarnekow aussteigen

Herr Sehl schlägt vor, sich gemeinsam mit Frau Kasten und Frau Nurkewitz an der Haltestelle in Angerode zu treffen, um sich die Begebenheiten vor Ort direkt angucken zu können.

Herr Benkert merkt an, dass ihm bewusst sei, dass einige Kinder sehr lange Schulwege in unserem Landkreis haben. Ebenso sei ihm aber auch bewusst, dass die VVR auch nur begrenzte Ressourcen habe.

Herr Jahns erfragt, ob schon Gespräche mit dem Schulamt in Bezug auf unterschiedliche Zeiten für den Beginn an den Schulen stattgefunden haben.

Frau Ockert erklärt, dass es Hinweise zur Schulorganisation gebe, in denen der Beginn zwischen 7.30 Uhr und 8.30 Uhr festgelegt sei. Andere Organisationskriterien müssen durch das Bildungsministerium festgelegt werden. Es sei kein einfaches System, wo auch bei einer unterschiedlichen Anfangszeit der Schulen viele Faktoren eine Rolle spielen und die VVR vor neuen Herausforderungen stellen.

Herr Jahns merkt an, dass die Frage sei, ob die Schulen in dem vorgegebenen Rahmen unterschiedlich beginnen können, damit die VVR eventuell eine Chance habe die Fahrzeiten der Schüler/innen zu verkürzen.

Herr Sehl erklärt, dass das Liniennetz in Nordvorpommern sehr historisch sei und sich dieses auf die damals vorhandenen örtlich zuständigen Schulen beziehe. Aus diesem Grund sei die Neustrukturierung des Netzes so wichtig. Aus seiner Sicht seien dann die Schulanfangszeiten nicht das entscheidende.

Herr Bartsch-Brüdgam informiert, dass sowohl im Ausschuss als auch bei der VVR das Problem erkannt wurde und man versuche Lösungen zu finden. Der Vorschlag woanders einen Bus aus der Stadt wegzunehmen und für die Schülerbeförderung im ländlichen Raum einzusetzen, sei auch nicht umsetzbar. Dahinter stecke ein komplexes System, was nicht so einfach sei wie man vielleicht denkt.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Jahns schließt den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

31.05.2023, gez. M. Jahns

Datum, Unterschrift
Marco Jahns
Ausschussvorsitzender

31.05.2023, gez. A. Pfefferkorn

Datum, Unterschrift
Anja Pfefferkorn
Protokollführerin